

Dr. Andreas Bernig, Mitglied des Landtages
Telefon 0331 / 966 15 69
Telefax 0331 / 966 15 07
Funk: 0172 / 38 46 911
E-Mail: dr.andreas.bernig@kloster-lehnin.com
Telefon: 03327 / 570192
Telefax: 03327 / 570193

Werder(H.), 16. 01.2011

Zum Beschluss der SVV Werder zum Bau der Blüthenherme in Werder/Havel erklärt der Landtagsabgeordnete Dr. Andreas Bernig:

Rote Zahlen im Haushalt sind programmiert. Bürger werden die Lasten tragen müssen.

Für die Stadt Werder (H.) stellt der Beschluss der SVV zum Bau der Blüthenherme ein sehr großes Haushaltsrisiko dar, vor dem ich nur warnen kann.

Die Landesregierung hat in der Beantwortung meiner Anfrage zum Bau eines Bades in Werder aus gutem Grund eindeutig ausgeführt, dass die Entwicklung der Bäderlandschaft in Brandenburg abgeschlossen ist. Daher werden für derartige Projekte im Land auch keine Fördermittel mehr zur Verfügung gestellt. Das sollte doch zu denken geben!

Die Bäderlandschaft um Werder herum ist ausgeprägt und die Steintherme in Belzig kämpft um ihr Überleben. Einige Bäder in Brandenburg, die einen größeren Einzugsbereich als Werder besitzen, mussten Insolvenz anmelden. So zum Beispiel in Cottbus, einer Stadt mit über 100.000 Einwohnern

Da die Stadt Potsdam Ende 2011 ebenfalls ein ähnlich großes Bad mit einem Wellnessbereich bauen wird, sind die geplanten Besucherzahlen für Werder und die Wirtschaftlichkeit der Therme stark in Frage zu stellen.

Bereits 2011 wird der Haushalt der Stadt unsozial eingeengt, und die Bürgerinnen und Bürger werden die Folgen zu tragen haben.

Man muss nicht bis Stuttgart schauen, um zu sehen, dass schnell die Kosten bei einem solchen Projekt in die Höhe steigen können.

Auch in Potsdam am Beispiel des Landtagsbaus in Form des Stadtschlusses ist das zu sehen. Die CDU, die diesen Bau, als sie in der Regierung war, vehement durchgesetzt hat, fordert hier die Kündigung des Vertrages, was rein rechtlich gar nicht geht.

In Werder wiederum soll nach dem Willen der CDU jetzt gebaut werden. Das nenne ich Politik nach Tageslage!

Während die CDU auf Landesebene die Regierung ständig zum Sparen aufruft, wird in der Stadt das Geld mit vollen Händen rausgeschmissen.

Durch die rot-rote Landesregierung wird jetzt mit dem novellierten Finanzausgleichsgesetz FAG und mit der Einordnung von Werder als Mittelzentrum der Kommune zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt. Das rechtfertigt aber nicht ein solch riskantes Projekt.

Dieses Geld wäre besser in sozialen Projekten oder etwa in der Sanierung der Freibäder angelegt.

Dr. Andreas Bernig